



HANSEATISCHE KRANKENKASSE

Standpunkte des HEK-Versichertenparlamentes (Verwaltungsrat) Für eine starke Selbstverwaltung, Kassenvielfalt, Wettbewerb und Gerechtigkeit

Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Gesundheitsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland ist seit 2008 kontinuierlich gestiegen und hat einen historischen Höchststand erreicht. Die 2016 vom Meinungsforschungsinstitut Allensbach durchgeführte repräsentative Umfrage besagt, dass 85 % aller in einer gesetzlichen Krankenkasse (GKV) Versicherten unser Gesundheitswesen gut bzw. sehr gut finden. Bei den Versicherten der privaten Krankenversicherung (PKV) sind es 91 %.

Die Menschen wissen offensichtlich, dass Deutschland eines der leistungsstärksten Gesundheitssysteme der Welt hat: Mit freier Arztwahl, hoher Versorgungsdichte und Teilhabe am medizinischen Fortschritt.

Zur Erhaltung und sinnvollen Weiterentwicklung unseres aus GKV und PKV bestehenden (dualen) Gesundheitssystems vertritt das Versichertenparlament (Verwaltungsrat) der HEK folgende Standpunkte:

1. Wir stehen zum gegliederten System der GKV. Kassenvielfalt und Wettbewerb statt Vereinheitlichung. Eine Vereinheitlichung der GKV lehnen wir als leistungs- und versichertenfeindlich ab.
2. Wir bejahen uneingeschränkt den Wettbewerb mit der PKV.
3. Wir halten die vollständige Wiederherstellung der Finanzautonomie der Krankenkassen für geboten. Ein staatlich festgelegter Beitragssatz wird abgelehnt; ebenso ein dauerhaft fixierter Arbeitgeber-Anteil.
4. Wir sind für die Schaffung eines gerechten Risikostrukturausgleiches (Morbi-RSA) zwischen den Krankenkassen. Regionale Kostenunterschiede im Gesundheitswesen müssen im Morbi-RSA Berücksichtigung finden. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb innerhalb der GKV und mit der PKV.
5. Wir befürworten eine Begrenzung der staatlichen Aufsicht innerhalb der GKV auf das notwendige Maß und Beschränkung auf Rechtsfragen. Eine Umgestaltung der Aufsichtsbehörden von einer Rechtsaufsicht zu einer Fachaufsicht wird abgelehnt.
6. Wir appellieren als Kostenträger an die Tarifpartner, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflegeeinrichtungen höhere Gehälter zu zahlen. Denn die demographische Entwicklung in Deutschland führt zu einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen. Deshalb wächst der Bedarf an gut ausgebildeten, fair bezahlten und motivierten Pflegekräften.

Hamburg, den 30. März 2017

Horst Wittrin
Vorsitzender
des Verwaltungsrates

Bernhard Lubitz
Stellv. Vorsitzender
des Verwaltungsrates